



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderdienst

20. Dezember 1948

Wir beginnen heute mit dem verstärkten Versand unseres Weihnachts- bzw. Neujahrsdienstes. Die Artikelreihe wird mit Aufsätzen von Professor Carlo Schmid und Oberbürgermeister Ernst Reuter eröffnet. Weitere Artikel folgen.

## Vier Monate Bonn

Von Professor Carlo Schmid

Seit dem 1. September sind die 65 Abgeordneten des Parlamentarischen Rates an der Arbeit, um das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Nach den Generaldebatten, die die Ausgangspunkte der Parteien fixierten, nach der Arbeit in der Fachausschüssen und nach den interfraktionellen Besprechungen sind nunmehr im Hauptausschuß die politischen Vorentscheidungen - zum Teil in Kampfabstimmungen - gefallen. Wir können nunmehr sehen, was wahrscheinlich der Inhalt des Grundgesetzes sein wird - es sei denn, daß die Parteien ihre bisher angenommenen Standpunkte aus innen- oder außenpolitischen Gründen modifizierten.

Infolge des zahlenmäßigen Verhältnisses der Parteien - das praktisch den kleinen und kleinsten Parteien erlaubt, den Ausschlag für oder gegen die eine oder die andere der großen Parteien zu geben - hat keine der beiden großen Parteien ihren Standpunkt überall durchzusetzen vermocht. Auch dort, wo die eine ihn grundsätzlich durchzusetzen vermochte, war sie gelegentlich gezwungen, ihn so abzuwandeln, wie es die Rücksicht auf die kleinen Parteien verlangte, deren Stimme man brauchte, um wenigstens zu verhindern, daß die Forderung des antipolitischen Rivalen triumphtierte. Das mag manchem unbefriedigend erscheinen, ja es aber in einem demokratischen System darauf ankommt, jeweils für seine Forderungen eine Mehrheit zu erzielen, hat - wenn man diese Mehrheit nicht allein zu realisieren vermag - der erforderliche Partner nun einmal eben den Grenzwert zu bestimmen, für den eine Mehrheit noch gefunden werden kann.

Die SPD braucht mit den erzielten Ergebnissen nicht unzufrieden zu sein. Sie hat im Grundgesetz die ausdrückliche Feststellung erreicht, daß Deutschland trotz der bedingungslosen Kapitulation nicht als staatliches Gebilde untergegangen ist, daß also nicht ein neuer Staat zu schaffen, sondern lediglich die der Substanz

nach weiterbestehende deutsche Republik auf einem Teil ihres Gebiets neu zu organisieren ist. Und sie hat weiter im Grundgesetz durchzusetzen vermocht, daß das neue Gebilde <sup>nicht</sup> durch die Länder als solche, sondern durch das deutsche Volk geschaffen wird. Die politischen Konsequenzen dieser Feststellung brauchen nicht besonders targeten zu werden.

Als wichtigstes politisches Problem hat sich sehr bald die Frage nach der konkreten Ausgestaltung des von den Besatzungsmächten vorgeschriebenen und von der CDU/CSU gewünschten föderalistischen Aufbaus der Republik herausgestellt. Die Frage "Unitarismus und Föderalismus" als solche stand nicht zur Debatte; umso mehr aber versuchten gewisse Parteien, die Diskussion so zu führen, als ob es in erster Linie darauf ankäme, ob diese oder jene Lösung "noch" als föderalistisch angesprochen werden könne. Die SPD hat sich mit dieser deduktiven, allen Subjektivismen Tür und Tor öffnenden Methode nicht zu befreunden vermocht; sie hat alle ihre Vorschläge unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen sachlichen Notwendigkeit gemacht, eingedenk dessen, daß eine Verfassung nichts anderes ist als ein Instrument, das - abgesehen von den Freiheitsgarantien für den einzelnen - in erster Linie dazu zu dienen hat, den politischen Kräften eines Volkes die Bewältigung der Aufgaben, die die Zeit uns stellt, so zuverlässig wie möglich zu gestalten. Wo diese Aufgabe im kleineren Verbands ohne Schaden für das Ganze erledigt werden kann, sollen die Länder und die Gemeinden mit den entsprechenden Zuständigkeiten ausgestattet werden; wo sie aber ihrer allgemeinen Bedeutung nach nur vom Gesamten aus in Angriff genommen werden können, muß dem Gesamtinteresse eine ausreichende und ausschließlich ihm verpflichtete Zentralgewalt zur Verfügung stehen.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die gesetzgeberischen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in <sup>einer</sup> alle Parteien einigermaßen befriedigenden Weise abgegrenzt. Doch während die CDU/CSU als Vertretung der Länder einen der Volkskammer gleichberechtigten Bundesrat verlangte, hat die SPD konsequent die Superiorität der Volkskammer vertreten und dem Bundesrat nur ein Vetorecht zugestanden, das die Volkskammer mit einer 2/3 - Mehrheit überstimmen kann. Um jedoch das Äußerste zu tun und auch extremen Föderalisten die Zustimmung zu einer vernünftigen Lösung zu ermöglichen, hat die SPD zugestanden, daß bei der Beschlußfassung über den Finanzausgleich und gewisse Steuergesetze der Bundesrat die gleichen Rechte haben solle wie der Bundestag.

Noch wichtiger als diese Frage ist aber die Regelung des Finanzwesens, nicht zumindest deshalb, weil hier gewisse Besatzungsmächte sehr konkrete Forderungen zu stellen scheinen, die z.Z. identisch sind mit den Vorstellungen bestimmter deutscher Parteien. In zähem Ringen gelang es, eine Mehrheit für eine Regelung der Gesetzgebungshoheit zu finden, die dem Bund die Gesetzgebung über alle Steuern von mehr als örtlicher Bedeutung gibt. Es ist

auch noch gelungen, eine verhältnismäßig große Mehrheit dafür zustande zu bringen, daß die Erträge gewisser Steuern dem Bund, die Erträge anderer Steuern den Ländern und der Ertrag der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam zufließen sollen, wobei der Anteil der beiden Partner durch einen vom Bundestag und Bundesrat gemeinsam zu beschließenden Finanzausgleich festzusetzen ist.

Dagegen ist es in der Frage der Finanzverwaltung zu einer ausgesprochenen Kampfabstimmung gekommen. Die Mehrheit hat sich für die Verwaltung der Finanzen durch den Bund entschieden (die Landessteuern können durch die Länder verwaltet werden), weil es hier nicht angebracht erschien, den Bund in die Abhängigkeit der Länder zu geben und weil obendrein nur eine einheitliche Finanzverwaltung die gleichmäßige Durchführung der Steuergesetze und so die Schaffung identischer Lebensbedingungen in ganz Deutschland garantiert.

Es gibt kein objektives Kriterium, das die Behauptung erlaubte, diese Regelung nehme dem Grundgesetz den föderalistischen Charakter. Wir glauben darum nicht, daß die Militärregierungen sich mit Recht auf den Standpunkt stellen könnten, der Parlamentarische Rat habe damit die in den Londoner Empfehlungen enthaltenen Voraussetzungen für die Anerkennung seiner Tätigkeit verlassen. Sollten sie aber trotzdem entgegen aller Logik der Fakten der Ansicht sein, daß Deutschland konstitutionell noch lockerer aufgegliedert werden müsse - etwa so locker, wie es den Forderungen gewisser extremer Parteien entspricht - dann werden sie sich den Hinweis gefallen lassen müssen, daß es ihnen offenbar weniger auf die Föderalisierung als auf die Desorganisation Deutschlands ankomme.

Hat man sich übrigens schon überlegt, wer letztlich der Nutznießer solcher Prozeduren werden würde?

Die tapfere Stadt

Von Oberbürgermeister Ernst Reuter, Berlin

Der Kampf um Berlin will nicht enden. Er geht nun schon seit Jahren. Vier Jahre nach Kriegsende lebt die Stadt mindestens in ihrer westlichen Hälfte immer noch, als ob wir mitten im Kriege wären. Die Straßen sind dunkel, zwei Stunden Strom am Abend, keineswegs aber zu bestimmten festen Zeitpunkten. Verkehrsende um 18 Uhr - ein unwahrscheinliches Bild für den, der mit der einzigen Verbindungsmöglichkeit zwischen dem Westen und Berlin, dem Flugzeug, über die dunkle Stadt gleitet, die mit roten Positionslichtern sich abzeichnenden Kirchtürme passiert und auf dem hell erleuchteten Flugplatz landet.

Der Kampf um diese Stadt will nicht enden. Es gibt niemanden, der heute sagen könnte, wann und wie an die Stelle dieses Kampfes eine neue Lebensform treten wird. Es gibt in dieser Stadt nur das einmütige, lebendige Bewußtsein aller ihrer Bewohner, daß dieser Kampf nur mit ihrer Befreiung enden kann. Befreiung aber heißt Beseitigung der Blockade, heißt unkontrollierter Zugang von dieser Stadt zum Westen, heißt Durchstoßen der Wand, die bei Helmstedt den Osten Deutschlands vom Westen trennt.

Unwahrscheinliche Energien haben sich in dieser Stadt angesammelt, sie entladen sich immer wieder in dem hartnäckigen unermüdbaren Kampf ihrer Bewohner mit den Nöten ihres täglichen Daseins und den unvorstellbaren Schwierigkeiten, unter denen alles und jedes zu leiden hat. Hier in dieser so unwirklich lebendigen Stadt ist in Wirklichkeit das Verständnis für das Wesen aller politischen Auseinandersetzungen, das Verständnis für die treibenden, bewegenden und miteinander streitenden Kräfte, für die sozialen und menschlichen Faktoren solcher Kämpfe größer als an irgend einem anderen Ort des Kontinents. Hier wird das Wesentliche vom Unwesentlichen geschieden, hier braucht Propaganda nicht mehr entlarvt zu werden, weil sie von jedem durchschaut wird. Hier wird erkannt, wofür zu leben allein sich lohnt. In dieser Stadt mit ihrer tapferen, fleißigen, aufgeschlossenen Bevölkerung entsteht ein neues Bewußtsein vom Sinn des Zeitgeschehen, entsteht auch ein sehr lebendiges Gefühl der Zusammengehörigkeit und hier entwickelt sich eine Tatkraft, die vor keiner Schwierigkeit nachzugeben entschlossen ist.

Die Berliner würden gewiß gern darauf verzichten, unter solchen Druck zu leben und arbeiten zu müssen. Wenn sie nach dem Westen kommen, gehen ihnen die Augen über vor dem für sie unwahrscheinlichen Leben, das sich dort wieder zu entfalten beginnt. Aber im Grunde haben sie alle, wenn sie länger als unbedingt notwendig im Westen bleiben, so etwas wie ein schlechtes Gewissen und ganz sicher eine Sehnsucht nach ihrer Stadt, denn sie glauben, nur dort, in dieser erregenden Atmosphäre auf die Dauer wirklich atmen zu können.

Manche Züge im Leben Berlins, manche Eigentümlichkeiten dieser kampf- und noterfüllten Zeit sind die typischen Merkmale einer belagerten Festung. Aber vieles, was diese Zeit erzeugt hat, wird bleiben. Tief hat sich in das Bewußtsein der Berliner die Überzeugung eingeprägt, daß ihre Not eine stellvertretende ist; daß sie nicht nur für sich, daß sie für ihr ganzes Land, ja, wenn das Wort nicht zu groß erscheint, vielleicht für ganz Europa eintreten müssen. Das Bewußtsein, eine im guten Sinne des Wortes nationale Funktion zu erfüllen, wenn sie entschlossen dabei bleiben, sich nicht unterkriegen zu lassen - dieses Bewußtsein hat den täglichen Kampf der Berliner einen tieferen Sinn gegeben und ihnen geholfen, Dinge zu ertragen, die man an anderen Orten und unter anderen Voraussetzungen eben nicht ertragen würde. Die Berliner sind überzeugt, daß dieser Kampf nicht nur zu ihrer Befreiung führen wird. Sie wissen, daß der Osten auf sie schaut. Sie wissen, daß ihr Ausharren dem Osten die Voraussetzung bietet, schweigend und unsichtbar, aber jedem Feind spürbar, seinen Widerstand fortzusetzen. Sie wissen, daß das Ende ihrer Not eine Wende der Zeit sein wird, daß diese Zeitenwende das Abebben der Flut bedeuten wird, die eine Zeitlang sich anschickte, über ihre Stadt hinauszugreifen. Sie haben verstanden, in größeren Maßstäben zu denken und sich als Teil, aber auch als Mittelpunkt eines großen Ganzen zu sehen.

Die Berliner spüren dankbar die Welle der Sympathie, die ihnen heute, anders als früher, überall entgegenschlägt. Sie nehmen aber im Grunde auch das nur so, wie es genommen werden muß. Sie verstehen sehr wohl, daß mit dieser so mühsam gewonnenen und sichtbar sich steigernden Achtung nicht nur für sie etwas gewonnen ist, sondern auch für diejenigen, die ihnen Mitgefühl und aktive Hilfe erweisen. Sie glauben zu verstehen, daß damit in das ganze Geschehen in Deutschland ein Element größeren Denkens und politischen Weitblickes getragen wurde.

Es war ein für die politische Entwicklung Deutschlands sicher entscheidend wichtiger Faktor, daß die Vertreter Berlins von Westen aufforderten, das eigene Haus zu bestellen und in Ordnung zu bringen, weil nur so ihrer Stadt und dem ganzen Osten wirkliche Hilfe gebracht werden kann. Es war sicher ein denkwürdiger Tag, als die Vertreter Berlins in Bonn eingeladen wurden, ihre Plätze einzunehmen. Es mag Kräfte geben, die diese Entwicklung nicht gern gesehen haben, Kräfte, die, wenn auch nicht gerade den alten Limes der Römer, so doch sicher die Elbe als Grenze ansehen oder ansehen wollen. In Wirklichkeit werden nicht nur aus Berlin, sondern auch aus dem leidgeprüften Osten eines Tages unerhörte Energien nach ganz Deutschland überströmen. Die materielle Not, der Grad der Zerstörung, noch mehr das Maß einer schamlosen Ausplünderung mögen unvorstellbar groß sein. Materielle Dinge aber lassen sich immer wieder herstellen. Wichtiger ist darum die aus jeder Berührung mit diesen Menschen immer von neuem sich manifestierende Tatsache, daß hier ganz neue Kräfte und Einsichten lebendig geworden sind.

Berlin hofft, und ich glaube, alle Deutschen hoffen, daß das Jahr 1949 das Jahr der Wende werden möge. Man darf aber den Gegner nicht unterschätzen, auch wenn er in stupider Verkenning aller Realitäten und Möglichkeiten eine Chance ohnegleichen in kurzer Zeit vertan hat. Ehe dieser Gegner die für ihn bittere Wahrheit der Unvermeidlichkeit des Rückzuges erkannt und anerkannt haben wird, wird noch manches geschehen müssen. Das Wichtigste davon ist die Erkenntnis - und dies gilt in erster Linie für den Westen - daß um diesen Rückzug wirklich mit allen politischen Mitteln gekämpft werden muß; die Erkenntnis, daß es keine Ruhe und Sicherheit, keinen Aufbau und keinen Frieden geben wird, wenn dieser Rückzug nicht erzwungen wird.

Immer wieder wird der Kampf der Berliner Bevölkerung diese stumme und unbequeme Mahnung an alle enthalten. Je eher sie gehört und verstanden wird, und je eher man aus ihr die notwendigen Konsequenzen zieht, umso besser für uns alle, nicht nur für die Berliner.

---

Verantwortlich: Peter Baunau